



Ausschuss für Kommunalpolitik

33. Sitzung (öffentlich)

5. Juli 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:35 Uhr bis 12:15 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 7

bestätigt der Ausschuss die Tagesordnung gemäß Einladung
E 16/369 – 2. Neudruck.

1 Gesetz zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes 8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2722

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der PIRATEN und Nichtbeteiligung der FDP angenommen.

2 Direkte Demokratie muss bürgerfreundlich und rechtssicher sein! 10

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2116

Ausschussprotokoll 16/267

Sodann lehnt der Ausschuss den Antrag der Fraktion der FDP mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von FDP und PIRATEN bei Enthaltung der CDU ab.

3 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz und dem Bundeskindergeldgesetz 13

Vorlage 16/921

Die erforderliche Anhörung des Ausschusses ist ohne Aussprache bei Kenntnisnahme der Vorlage erfolgt.

4 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Befristung von Rechtsvorschriften mit Beteiligung des Landtags im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales 14

Vorlage 16/957

Mit der Behandlung der Vorlage im Ausschuss ist die erforderliche Anhörung erfolgt.

5 Kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger 15

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3244

Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion der PIRATEN überein, eine Anhörung zu dem Thema in pflichtiger Besetzung durchzuführen; Einzelheiten sollen nach der Sommerpause festgelegt werden.

6 Bilanz für die Familie. Gute Rahmenbedingungen für ein familienfreundliches NRW – Familienförderung evaluieren und wirksamer gestalten **16**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2118

Der Ausschuss kommt überein, zunächst den weiteren Beratungsfahrplan des federführenden Ausschusses abzuwarten.

7 Kinder kennen keine Grenzen – Erleichterungen für die Inanspruchnahme von gemeindefremden Kindertagesbetreuungsangeboten auf den Weg bringen **17**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2622

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.

8 Gesetz zur Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit im Land Nordrhein-Westfalen **18**

Gesetzentwurf
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3248

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung pflichtig zu beteiligen.

9 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Flurbereinigungsverfahren des Landes Nordrhein-Westfalen **19**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/2977

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung von PIRATEN und CDU an.

- 10 Landesregierung darf Kommunen bei Konversion und Strukturwandel nicht im Regen stehen lassen – Nordrhein-Westfalen braucht landesweites Programm für Konversion und Strukturwandel aus Mitteln der Europäischen Union!** 20

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/3205

Der Ausschuss beabsichtigt, pflichtig an der Anhörung teilzunehmen; dies wird dem federführenden AWEIMH mitgeteilt.

- 11 Achtung! YES, WE SCAN!
Bürger in NRW vor PRISM und anderen Überwachungsprogrammen schützen!** 21

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3249

Der Ausschuss will zunächst das weitere Beratungsverfahren des federführenden Innenausschusses abwarten und dann über die Beteiligung am weiteren Beratungsverfahren befinden.

- 12 Trödelmärkte in der Kommune** 23

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 16/985

- 13 Einigung bei der Abrechnung der Einheitslasten – Auswirkungen für die Kommunen sowie Auswirkungen durch den Beschluss über die Flutopferhilfe für die Kommunen** 24

Bericht
der Landesregierung

Vorlage 16/981

Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

14 Verschiedenes 25**14.1 Terminplan 2014 25**

Der Ausschuss stimmt dem vorliegenden Terminplan für 2014 – siehe Anlage zu TOP 14.1 – zu.

14.2 Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge 25

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2124

14.3 Kommunen fair behandeln – NRW braucht eine verlässliche und transparente Informationsgrundlage zum kommunalen Finanzausgleich 25

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2883

14.4 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und zur Änderung kommunalerfassungsrechtlicher Vorschriften 25

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3387

Der Ausschuss kommt überein, nach der voraussichtlichen Überweisung des Gesetzentwurfes durch das Plenum an den AKo im schriftlichen Verfahren eine Anhörung der kommunalen Spitzenverbände und der kommunalpolitischen Vereinigung der Parteien durchzuführen.

14 Verschiedenes

14.1 Terminplan 2014

Vorsitzender Christian Dahm weist darauf hin, dass der Entwurf eines Sitzungsplans des Ausschusses für Kommunalpolitik für das kommende Jahr als Tischvorlage vorliege. Ein Vorentwurf sei den Obleuten bereits am 20. Juni 2013 zugegangen, zudem es zwischenzeitlich keine Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge gegeben habe. Insofern könne der Terminplan heute verabschiedet werden. Zudem werde der Ausschuss eine Reise in der Zeit vom 10. bis 14.11. unternehmen.

Der Ausschuss stimmt dem vorliegenden Terminplan für 2014 – siehe Anlage zu TOP 14.1 – zu.

14.2 Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2124

Vorsitzender Christian Dahm teilt mit, die bereits beschlossene Anhörung dazu solle am 18.11.2013, 10 Uhr, stattfinden. Neben den kommunalen Spitzenverbänden sollten jeweils zwei weitere Sachverständige je Fraktion benannt werden.

14.3 Kommunen fair behandeln – NRW braucht eine verlässliche und transparente Informationsgrundlage zum kommunalen Finanzausgleich

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2883

Vorsitzender Christian Dahm informiert darüber, dass die bereits beantragte Anhörung zwischenzeitlich auf den 13. September 2013, 10 Uhr, terminiert worden sei. Zwei weitere Sachverständige je Fraktion könnten benannt werden; die kommunalen Spitzenverbände seien gesetzt.

14.4 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und zur Änderung kommunalerfassungsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3387

Vorsitzender Christian Dahm merkt an, der Gesetzentwurf werde voraussichtlich am 11. Juli 2013 vom Plenum zur alleinigen Befassung an den Ausschuss überwiesen. Er schlage hierzu einen Vorratsbeschluss bezüglich der Durchführung einer Anhörung im schriftlichen Verfahren vor. Neben den kommunalen Spitzenverbänden sollten auch die kommunalpolitischen Vereinigen der Parteien gehört werden.

Der Ausschuss kommt überein, nach der voraussichtlichen Überweisung des Gesetzentwurfes durch das Plenum an den AKo im schriftlichen Verfahren eine Anhörung der kommunalen Spitzenverbände und der kommunalpolitischen Vereinigung der Parteien durchzuführen.

gez. Christian Dahm
Vorsitzender

Anlage

30.07.2013/07.08.2013

160